



**Kommunalfinanzen**

**Seite 4-5**

**Der Stärkungspakt trägt eine liberale Handschrift**



**Rundschreiben des Landesvorsitzenden Seite 2**

**Stärkung von Bürgerrechten Seite 8**

**Kommunen und Integrationsarbeit Seite 9**



# liberal.nrw





**Daniel Bahr,  
Landesvorsitzender  
der FDP-NRW  
zum Mitgliederentscheid**

Foto: ddp

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

als einzige Partei hat die FDP in den vergangenen Wochen ihre Mitglieder über grundlegende Fragen der Europapolitik abstimmen lassen. Deutschlandweit wurden über 200 Veranstaltungen durchgeführt, bei denen kontrovers, aber sachlich über den Europäischen Stabilitätsmechanismus diskutiert wurde. Mit klarer Mehrheit haben sich die Mitglieder hinter den Antrag des Bundesvorstands gestellt, der eine Befürwortung des ESM unter strengen Auflagen vorsieht. Ich will meinen ganz besonderen Dank an alle Parteifreunde richten, die sich an den Veranstaltungen beteiligt haben, egal ob sie für Antrag A oder B eingetreten sind.

Keine Frage: Der Mitgliederentscheid hat der innerparteilichen Demokratie gedient. Er bedeutete aber zugleich für unsere Partei eine schwierige Phase, in der die FDP mit sich selbst beschäftigt war. Diese Phase der Selbstbeschäftigung muss mit dem Ergebnis des Mitgliederentscheids abgeschlossen sein. Die Bürger erwarten in einer Zeit großer Verunsicherung gerade von der Regierungspartei FDP einen klaren Kurs. Aus zahlreichen Gesprächen kenne ich die Sorgen um ordnungspolitische und marktwirtschaftliche Prinzipien bei der Euro-Rettung. Für mich ist daher das Ergebnis des Mitgliederentscheids ein Auftrag, ich nehme diese Sorge ernst.

Die Idee einer Stabilitätsunion wurde von der FDP geboren. Die FDP ist die Partei in Deutschland, die am meisten auf die Stabilität unserer Währung achtet. Die FDP bleibt die politische Heimat alljener, die Geldwertstabilität als vordringliche Aufgabe sehen. Wir wollen zur Geschlossenheit der FDP zurückkehren und deutlich machen, dass es die linken Parteien sind, die der Inflation und einer Vergemeinschaftung von Schulden das Wort reden. Ohne die FDP in der Regierung wäre dieser Weg schon längst beschritten. Wir müssen 2012 deutlich zeigen, dass es einen Unterschied macht, dass die FDP regiert. Wir suchen die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Die Entscheidung zu Stuttgart21 sollte uns dabei Mut machen, dass weder die Wutbürger noch die veröffentlichte Meinung die Mehrheit vertreten. Die FDP vertritt diejenigen, die auf Innovationsbereitschaft und Chancen- und Leistungsgerechtigkeit setzen.

Das Jahr 2011 war für die FDP kein einfaches. Das Dreikönigstreffen bietet uns die Chance, politisch in ein neues Jahr zu starten. Es muss der Startschuss für den beginnenden Wiederaufstieg der FDP im neuen Jahr sein. Die FDP ist die einzige Partei, die soziale Marktwirtschaft, Leistungsgerechtigkeit, Bürgerrechte und Toleranz miteinander verbindet. Die FDP hat den Abgesang immer wieder Lügen gestraft. Deutschland braucht eine liberale Kraft – dringender denn je.

Ich wünsche Ihnen alles Gute für das neue Jahr und bitte Sie um tatkräftige Unterstützung für den Wiederaufstieg der Liberalen.

Ihr

Daniel Bahr

# Rot-grüner Haushaltsentwurf ist nicht akzeptabel

Als enttäuschend hat FDP-Fraktionschef Gerhard Papke den rot-grünen Entwurf für den Landeshaushalt 2012 bei der Einbringung in den Landtag kurz vor der Weihnachtspause bezeichnet. „Die Landesregierung hat dem Parlament keinen Sparhaushalt, sondern einen Schuldenhaushalt vorgelegt“, kritisierte der Fraktionsvorsitzende. Papke stellte für die Freien Demokraten klar: „Ein Landeshaushalt, der keine ernsthaften Sparanstrengungen erkennen lässt, ist für die FDP weder zustimmungsfähig noch hinnehmbar.“

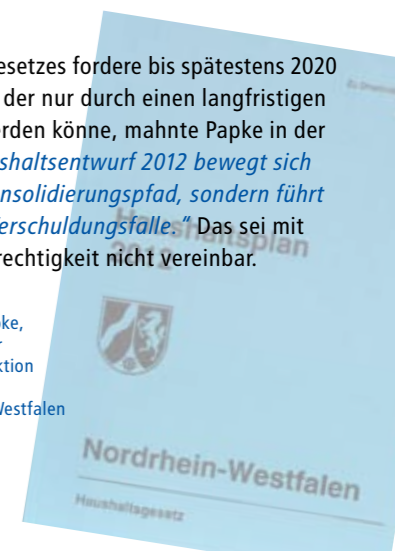
Insgesamt plant die Regierung, im neuen Jahr 58,4 Milliarden Euro auszugeben und dafür knapp vier Milliarden Euro neue Schulden aufzunehmen. Obwohl SPD und Grüne mit 43,1 Milliarden Euro die höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte Nordrhein-Westfalens erwarten – 2,9 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2011 –, will die Koalition die Neuverschuldung lediglich um 800 Millionen Euro reduzieren. „Der vorliegende Haushaltsentwurf treibt trotz historisch hoher Steuereinnahmen die Neuverschuldung weiter drastisch in die Höhe. Er lässt keine ernsthaften Absichten erkennen, einen ausgeglichenen Landeshaushalt zu erreichen und die Schuldenbremse des Grundgesetzes einzuhalten“, lautete die nüchterne

Analyse der Zahlen des FDP-Fraktionsvorsitzenden. Das sei eine Enttäuschung für all die, die etwas anderes erwartet hätten. Rot-Grün wolle fast 75 Prozent der zusätzlichen Steuereinnahmen für zusätzliche Ausgaben verwenden, statt zur Konsolidierung des Landeshaushalts.

Die Schuldenbremse des Grundgesetzes fordere bis spätestens 2020 einen ausgeglichenen Haushalt, der nur durch einen langfristigen Konsolidierungspfad erreicht werden könne, mahnte Papke in der Debatte an. „Der rot-grüne Haushaltsentwurf 2012 bewegt sich aber nicht auf einem solchen Konsolidierungspfad, sondern führt unser Land immer tiefer in die Verschuldungsfalle.“ Das sei mit dem Gebot der Generationengerechtigkeit nicht vereinbar.



Gerhard Papke,  
Vorsitzender  
der FDP-Fraktion  
im Landtag  
Nordrhein-Westfalen



## Meldungen aus der NRW-Landesgruppe im Deutschen Bundestag



**Michael Kauch,**  
umweltpolitischer  
Sprecher der FDP-  
Bundestagsfraktion:  
„Die UN-Konferenz  
von Durban hat die

Erwartungen übertroffen. Erstmals haben große Schwellenländer anerkannt, dass sie ab 2020 Verpflichtungen zum Klimaschutz übernehmen müssen - und zwar im gleichen Rechtsrahmen wie die Industriestaaten. Die Verhandlungsstrategie der Bundesregierung ist aufgegangen. Durch eine Allianz von EU, Afrika, Inselstaaten und ärmsten Ländern wurden die Grenzen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern aufgebrochen. Das spiegelt die neue Weltordnung wider und wird Strahlkraft über die Klimapolitik hinaus haben. Entscheidend für den Erfolg der EU waren klare Zusagen bei der Klimafinanzierung.“

Die aktuellsten Meldungen der FDP-Bundestagsfraktion finden Sie im Internet unter: [www.fdp-fraktion.de](http://www.fdp-fraktion.de)



**Otto Fricke,**  
Parlamentarischer Geschäftsführer sowie haushaltspolitischer  
Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion:

„Die Koalition setzt den Kurs der Haushaltskonsolidierung fort. Auch in den kommenden Jahren werden wir die verfassungsmäßigen Vorgaben der Schuldenbremse strikt einhalten und das strukturelle Defizit bis zum Jahr 2016 weiter abbauen. Gerade die aktuelle Staatsschuldenkrise lehrt uns, welche dramatischen Konsequenzen eine uferlose Ausdehnung der öffentlichen Verschuldung nach sich zieht. Für eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung ist die Disziplin auf der Ausgabenseite zwingend. Während die Opposition Mehrausgaben in Milliardenhöhe fordert und diese durch Steuererhöhungen finanzieren möchte, steigen die geplanten Ausgaben nur marginal um 0,1 % auf 306,2 Mrd. € und damit weit geringer als die Inflation (1,8 %). Gleichzeitig setzt der Haushalt deutliche Schwerpunkte bei Zukunftsaufgaben. So wurde der Bildungsetat auf rund 13 Mrd. € erhöht. Eine zusätzliche Mrd. wurde für Infrastrukturinvestitionen bereitgestellt und auch für die Energiewende und die Bundeswehrreform wurde haushalterisch Vorsorge getroffen.“

### Statt weiterer Argumente hier die Fakten:

• geplante Nettokreditaufnahme (NKA) für 2010 (Steinbrück):	86 Mrd. €
• geplante NKA für 2010 (FDP/Union):	80,2 Mrd. €
• tatsächliche NKA 2010:	44 Mrd. €
• geplante NKA für 2011:	48,4 Mrd. €
• tatsächliche NKA 2011:	unter 20 Mrd. €
• geplante NKA für 2012:	26,1 Mrd. €

# Der Stärkungspakt trägt eine liberale Handschrift

Nach intensiven Beratungen hat sich die FDP-Landtagsfraktion mit SPD und Grünen auf ein Änderungspaket zum „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ verständigt, das eine klare liberale Handschrift trägt.

Anfang Dezember hat der Landtag mit den Stimmen von FDP, SPD und Grünen das Gesetz verabschiedet.

Insgesamt werden mit dem Konsolidierungsprogramm für notleidende Kommunen in NRW bis 2020 Hilfen in Höhe von 5,8 Milliarden Euro bereitgestellt – davon 3,5 Milliarden Euro aus Landesmitteln.

„Wir haben nach harten, mehrwöchigen Verhandlungen ein sehr gutes Ergebnis erzielt“, bewertet FDP-Fraktionschef Gerhard Papke den Konsens mit SPD und Grünen zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen. „Der Stärkungspakt trägt nun eine liberale Handschrift“, freut sich Horst Engel, kommunalpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Der Stärkungspakt stelle den Kommunen erhebliche Hilfen zur Verfügung, fordere aber gleichzeitig von den teilnehmenden Städten und Gemeinden auch erhebliche eigene Konsolidierungsmaßnahmen.

Das Hilfsprogramm ist aus Sicht der FDP notwendig, da sich die finanzielle Lage zahlreicher Kommunen drastisch verschlechtert hat

– nicht nur durch eigenes Verschulden, sondern insbesondere in Folge der Hartz-Beschlüsse der rot-grünen Bundesregierung vor zehn Jahren. „Unter Missachtung des Konnexitätsprinzips haben SPD und Grüne damals die Soziallasten vollständig auf die Kommunen abgewälzt“, erinnert Papke. Dadurch sind in etlichen kommunalen Kassen große Löcher entstanden. Erst ab diesem Jahr wird der Bund stufenweise für die Grundsicherung im Alter aufkommen. „Dank ihrer starken lokalen Verwurzelung kennt die FDP die Sorgen in den Kommunen. Es ist unsere Aufgabe, konkrete Verbesserungen für die Städte und Gemeinden zu erreichen. Daher haben wir uns Verhandlungen mit der Regierung um einen Kompromiss nicht verweigert“, erklärt FDP-Landeschef Daniel Bahr.

Die FDP hatte der ersten Finanzhilfe für notleidende Kommunen in Höhe von 350 Millionen Euro bereits bei der Verabschiedung des Landeshaushalts 2011 zugestimmt. Daher sei es konsequent gewesen, das Angebot der Regierung, gemeinsame Gespräche über die Konkretisierung des Stärkungspakts zu führen, anzunehmen, betont FDP-Fraktionschef Papke. Zudem sei von Beginn an klar gewesen, dass sich die FDP-Positionen in dem Änderungspaket zu dem rot-grünen Gesetzentwurf wiederfinden müssen. „Das ist erkennbar der Fall. All unsere Vorschläge sind berücksichtigt worden“, sagt Papke.

So ist auf Druck der FDP die umstrittene Abundanzumlage aus dem Gesetz gestrichen worden. „Es darf nicht sein, dass Kommunen, die unter erheblichen Anstrengungen Sparerfolge erzielt und gut gewirtschaftet haben, im Nachhinein dafür bestraft werden“, sagt Papke. „Die FDP bewahrt Augenmaß. Dass jetzt den schwächsten Kommunen geholfen wird, aber die gut wirtschaftenden nicht bestraft werden, ist ein Erfolg

der FDP“, lobt Daniel Bahr das Verhandlungsergebnis. Die FDP beweise mit dem Gesetz ihre kommunale Verantwortung und ihre Rolle als konstruktive Opposition, zeigt sich Joachim Stamp, Generalsekretär der NRW FDP, zufrieden. Und auch die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) begrüßt die Einigung, die die FDP erzielt hat. „Die VLK hat den gesamten Prozess stets kritisch begleitet und begrüßt diese konstruktive Lösung. Unsere Kommunalpolitiker haben jetzt endlich Planungssicherheit“, sagt der VLK-Vorsitzende Jochen Dürrmann.

In einer ersten Stufe haben die 34 besonders notleidenden Kommunen noch 2011 eine Unterstützung in Höhe von 350 Millionen Euro erhalten. Für diese Städte ist die Teilnahme am Stärkungspakt verpflichtend. Bis 2016 müssen sie mit den jährlichen Hilfen des Landes und einem rigiden Sparkonzept den Haushaltsausgleich erreichen. In einer zweiten Stufe können ab dem Jahr 2012 weitere notleidende Kommunen in NRW freiwillig teilnehmen. Für den zweiten Schritt ist eine vorübergehende finanzielle Beteiligung der Kommunen in Höhe von 310 Millionen Euro jährlich geplant. Davon werden 115 Millionen Euro im Rahmen der Gemeindefinanzierung bereitgestellt. „Die verbleibenden 195 Millionen Euro können durch eine zwingend nötige weitere Kostenübernahme des Bundes für die kommunalen Soziallasten deutlich reduziert und im Idealfall sogar vermieden werden“, ist Papke überzeugt.

Um sicherzustellen, dass sich die teilnehmenden Kommunen tatsächlich mit ganzer Kraft für den Haushaltsausgleich einsetzen, ist auf Drängen der FDP in das Gesetz geschrieben worden, dass künftig auch die kommunalen Beteiligungen (zum Beispiel Stadtwerke) an der Konsolidierung beteiligt werden müssen, betont Engel.

Auf diesem Weg wird sichergestellt, dass mögliche Beiträge durch gewinnträchtige Gesellschaften und ausgelagerte Vermögenswerte im Haushaltssanierungsplan Berücksichtigung finden.

Bis zum Jahr 2020 beträgt das Gesamtvolumen des Konsolidierungsprogramms 5,8 Milliarden Euro. Das Land finanziert davon 3,5 Milliarden Euro. „Mit Hilfe dieser Mittel werden die teilnehmenden Kommunen verpflichtet, ihre Haushalte binnen fünf Jahren auszugleichen“, erläutert Papke. Ab dem Jahr 2020 müssen die Kommunen den Etatausgleich aus eigener Kraft stemmen. FDP-Kommunalexperte Engel: „Auf der einen Seite bekommen die Kommunen von Seiten des Landes finanzielle Hilfen. Auf der anderen Seite müssen sie ihr individuelles Konsolidierungsprogramm entwickeln, beschließen und einhalten.“ Wenn Stärkungspakt-Kommunen gegen ihre eigenen Konsolidierungsaufgaben verstoßen und die Versäumnisse nicht binnen einer Frist ausgleichen, entsendet das Land automatisch einen „Sparkommissar“. Damit ist ein weiteres zentrales Anliegen der FDP in das Gesetz aufgenommen worden. Ursprünglich war nur eine Ermessensentscheidung des zuständigen Ministeriums vorgesehen.

Joachim Stamp: „Das Ergebnis des Stärkungspakts zeigt, dass es richtig war, mit der Landesregierung zu verhandeln. Mit dem Verzicht auf die Abundanzumlage im Gesetz konnte die FDP erreichen, dass erfolgreich wirtschaftende Kommunen nicht für ihre Sparsamkeit bestraft werden. Zudem ist es ein Erfolg unserer Landtagsfraktion, dass das Einsetzen eines Sparkommissars jetzt verbindlich geregelt ist.“ Jeder weitere Tag ohne Einigung hätte die Verschuldung zulasten der künftigen Generationen nur weiter nach oben getrieben, ist VLK-Chef Jochen Dürrmann sicher.



Gerhard Papke,  
Vorsitzender  
der FDP-Fraktion  
im Landtag  
Nordrhein-Westfalen



Horst Engel,  
Sprecher für  
Kommunalpolitik  
der FDP-Fraktion  
im Landtag  
Nordrhein-Westfalen



Daniel Bahr,  
Landesvorsitzender  
der FDP-NRW



Jochen Dürrmann,  
Landesvorsitzender  
der VLK

# FDP lehnt Diätenerhöhung einstimmig ab

CDU, SPD und Grüne im Düsseldorfer Landtag wollen die Abgeordneten-Diäten um 500 Euro monatlich erhöhen. Das schwarz-rot-grüne Bündnis will mit dem Zuschlag das Niveau der Altersversorgung der Abgeordneten sichern. Die FDP-Landtagsfraktion lehnt die Diätenerhöhung als unangemessen und nicht vermittelbar ab. FDP-Fraktionschef Gerhard Papke hat die drei Fraktionen aufgefordert, den Gesetzentwurf umgehend zurückzuziehen.

Die FDP-Landtagsfraktion hat die Initiative von CDU, SPD und Grünen zur Erhöhung der Abgeordnetendiäten um 500 Euro monatlich einstimmig abgelehnt. In einer Nacht- und Nebel-Aktion hatte Schwarz-Rot-Grün geplant, die monatli-

chen Rückstellungen der Abgeordneten für das Versorgungswerk von aktuell 1614 Euro auf 2114 Euro zu erhöhen, um eine vermeintliche Versorgungslücke zu schließen. FDP-Fraktionschef Gerhard Papke stellte in der Landtagsdebatte unmissverständlich klar, dass sich die Liberalen nicht an diesem Vorhaben beteiligen werden. *„Wir stimmen im Parlament geschlossen dagegen.“*

Aus Sicht der FDP ist die Altersversorgung der Abgeordneten, die 2005 im Zuge der Reform der Abgeordnetenbezüge geändert worden ist, auskömmlich. Papke betonte: *„Die FDP vertritt ausdrücklich die Überzeugung, dass die gewählten Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen angemessene Diä-*

*ten und eine Altersversorgung erhalten müssen, die den Besonderheiten des befristeten Parlamentsmandats Rechnung trägt.“* Aber für die geplante Erhöhung um 500 Euro gebe es keinerlei objektive oder nachvollziehbare Begründung. *„Wir befürchten vielmehr einen Vertrauensverlust in unser Parlament, wenn eine solche willkürliche Erhöhung durchgesetzt wird.“*

Die FDP appelliert an CDU, SPD und Grüne, ihr Vorhaben zu stoppen und den Gesetzentwurf zurückzuziehen. Anfang dieses Jahres wird die Diätenerhöhung zunächst bei einer Expertenanhörung diskutiert.



Der langjährige FDP-Bundestagsabgeordnete, Werner Hoyer, wird Präsident der Europäischen Investitionsbank (EIB). Hoyer, der seit 1987 dem Deutschen Bundestag angehört, übernimmt Anfang 2012 die Leitung des europäischen Geldinstituts. Die EIB fördert die Ziele der Europäischen Union durch die langfristige Finanzierung tragfähiger Investitionen. Zwar, so Hoyer, der seit 2009 auch Staatsminister im Auswärtigen Amt ist, falle es ihm schwer, das Bundestagsmandat aufzugeben, da er die Aufgabe als Volksvertreter jederzeit sehr ernst genommen habe. Er betont jedoch die entscheidende Rolle, die die EIB bei der europäischen Integration innehat: *„Wir müssen die Europäische Union und die gemeinsame Währung sicher machen. Durch die EIB können wir viele Projekte finanzieren, die für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Globalisierung von herausragender Bedeutung sind.“* Der FDP-Landesvorsitzende, Daniel Bahr, beglückwünscht Hoyer, zu dessen Wechsel an die Spitze der EIB: *„Das Ausscheiden Werner Hoyers hinterlässt eine große Lücke im Deutschen Bundestag. Seine Expertise in volkswirtschaftlichen und europapolitischen Fragen ist über Fraktionsgrenzen hinweg anerkannt. Aber gerade das eignet ihn hervorragend für seine neue Aufgabe. Ich gratuliere Werner Hoyer im Namen aller Mitglieder der FDP-NRW und wünsche ihm für seine neue Herausforderung alles Gute.“*

Werner Hoyer  
FDP-Bundestagsabgeordneter



## Werner Hoyer wird Präsident der Europäischen Investitionsbank

Foto: zepnar

## Rechtsextremes Netzwerk: Liberale fordern Aufklärung statt Aktionismus

Mitte November stellte sich heraus, dass sich in Deutschland ein rechtsextremes gewaltbereites Netzwerk gebildet hat. Die Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ ist für mindestens zehn Morde in Deutschland verantwortlich. Während Sicherheitsbehörden und einige Politiker nach neuen Gesetzen und mehr Befugnissen rufen, mahnen liberale Innen- und Rechtspolitiker: Erst wenn es ein klares Lagebild gibt, kann man auch klare Schlüsse ziehen.

*„Für uns ist klar: Jede Form von politischem Extremismus gilt es zu bekämpfen“,* erklärt Joachim Stamp, Generalsekretär der FDP-NRW. Dass den ausländischen Opfern selbst eine kriminelle Verbindung untermstellt und der rechtsradikale Hinter-

grund lange Zeit nicht erkannt wurde, hält Stamp für katastrophal. Er fordert: *„Es muss eine lückenlose Aufklärung über die Versäumnisse der Sicherheitsbehörden geben.“* Das sieht auch die innenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Gisela Piltz so: *„Jetzt ist nicht die Zeit für gesetzgeberischen Aktionismus. Jetzt ist die Zeit, alle Vorgänge um die Zwickauer Nazi-Bande umfassend aufzuklären.“* Rufen aus der Union nach der Vorratsdatenspeicherung erteilt Piltz eine Absage: *„Es hilft nicht, aktionistisch neue Befugnisse zu fordern, sondern es muss darum gehen, die bestehenden Möglichkeiten richtig zu nutzen. Morde aus dem Jahr 2004 kann man nicht mit einer Vorratsdatenspeicherung aufklären.“* Piltz kritisiert vielmehr: *„Offensichtlich ist, dass die eine oder an-*

*dere Sicherheitsbehörde in Deutschland jahrelang versagt hat.“* Gemeinsam mahnen Piltz und Stamp: *„Es gilt jetzt, den Kampf gegen den Rechtsextremismus entschlossen fortzuführen. Nicht nur die Opfer und deren Angehörige, sondern alle Bürger erwarten geschlossene Reihen aller demokratischen Parteien und kein parteipolitisches Gezänk.“*



Joachim Stamp,  
Generalsekretär  
der FDP-NRW



Gisela Piltz,  
Sprecherin für Innen-  
und Kommunalpolitik  
der FDP-Bundestagsfraktion

# NRW beendet Big Brother in der Psychiatrie

Auf Initiative der FDP-Landtagsfraktion sind die Bürgerrechte von Psychiatrie-Patienten in den NRW-Kliniken erheblich gestärkt worden. Der Landtag stimmte mit großer Mehrheit dem Gesetzentwurf der FDP zu. Danach ist in Nordrhein-Westfalen die Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Psychiatrie-Patienten verboten.



Stefan Romberg, Sprecher für Arbeit, Gesundheit und Soziales der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

„NRW ist das erste Bundesland, das das Patientenzimmer als Schutzraum von Menschen in psychischen Krisen ohne Kameras sicherstellt“, zeigt sich der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Stefan Romberg erfreut über den Erfolg der FDP-Initiative, die erstmals im November 2010 zur Beratung in den Landtag eingebracht worden war. Lediglich die CDU stimmte dagegen. „Der Landtag hat ein gutes Gesetz verabschiedet, das die Persönlichkeitsrechte von Psychiatrie-Patienten erheblich stärkt“, sagt Romberg, der selbst Facharzt in einer psychiatrischen Klinik ist. „In zahlreichen psychiatrischen Kliniken war bislang 'Big Brother' Standard. Wir haben diesem Zustand ein Ende gesetzt.“ Allein zwischen Mai 2009 und Oktober 2010 sind in psychiatrischen Kliniken in NRW 1867 Fälle bekannt geworden, bei denen erkrankte Menschen gegen ihren Willen per Videokamera über-

wacht wurden, veranschaulicht Romberg die Bedeutung des neuen Gesetzes.

Psychisch kranke Menschen könnten nicht mit Technik geheilt werden, sie benötigten einen echten Schutzraum. „Viele der Patienten sind schwer krank und befinden sich in einem Zustand erheblicher emotionaler Anspannung. Diese Menschen benötigen vertrauensbildende Maßnahmen wie persönliche Ansprache und Zuwendung, aber ganz sicher keine Videokamera“, betont Romberg. Künftig darf eine Beobachtung der Patienten im Rahmen besonderer Sicherungsmaßnahmen ausschließlich durch den Einsatz von Personal erfolgen. Zudem muss bei einer Fixierung der Patienten eine ständige persönliche Beobachtung durch eine Sitzwache sichergestellt werden.



Foto: panthermedia

## GEZ: Besserer Schutz sensibler Daten

Die FDP-Landtagsfraktion fordert eine neutrale Kontrolle der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) durch den Landesdatenschutzbeauftragten. Dazu hat sie einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. Bislang hat der Landesdatenschutzbeauftragte bei der Sicherung der 42 Millionen Datensätze der GEZ keinerlei Prüfkompetenz. Diese wird ausschließlich vom WDR-Datenschutzbeauftragten betreut, der darüber hinaus auch für die Belange innerhalb der Rundfunkanstalt zuständig ist.

Ralf Witzel, Parlamentarische Geschäftsführer und medienpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion: „Das bedeutet im Klartext, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk bisher ausschließlich selbst kontrolliert. Das ist alles andere als optimal“. Denn es bestehe die Gefahr der Befangenheit, wenn der WDR seine Inkassostelle selber in Augenschein nehme. „Der WDR-Datenschutzbeauftragte steht institutionell immer in einem Abhängigkeitsverhältnis zum WDR – allein dieser Umstand könnte zu Interessenverwicklungen führen“, gibt Witzel zu bedenken. Angesichts der gravierenden und datenschutzrechtlich umstrittenen Änderungen, die der neue Rundfunkstaatsvertrag vorsieht, dürfe dem Landesdatenschutzbeauftragten die Zuständigkeit für die GEZ nicht

länger durch Sonderregelungen im WDR-Gesetz verwehrt bleiben.

Nach dem Gesetzentwurf der FDP sollen die Kompetenzen des WDR-Datenschutzbeauftragten künftig allein auf die WDR-internen, journalistisch-redaktionellen wie administrativen Belange beschränkt werden. „Der WDR-Datenschutzbeauftragte ist und bleibt für die innerbetrieblichen Belange zuständig“, erklärt Witzel. Die Arbeitsweise der GEZ unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten sollte aber künftig der unabhängige Landesdatenschutzbeauftragte übernehmen. „Durch diese neutrale Kontrolle kann der Schutz der sensiblen Datenmenge von rund 42 Millionen Bürgern optimal gewährleistet werden.“



Ralf Witzel, Parlamentarische Geschäftsführer, Sprecher für Medienpolitik der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

# Integrationsgesetz muss nachgebessert werden

Die FDP begrüßt, dass die Landesregierung nach über einem Jahr Wartezeit endlich ein Integrationsgesetz vorgelegt hat. Allerdings sind wir von der Weiterentwicklung des Gesetzes, dessen überwiegender Inhalt bereits unter der christlich-liberalen Landesregierung vorbereitet worden war, enttäuscht.

Hier ist unnötig Zeit verloren gegangen. Die FDP wird den vorliegenden Entwurf kritisch-konstruktiv begleiten und auf Verbesserungen drängen. Dies gilt insbesondere für die Integrationsarbeit mit Kindern und Jugendlichen. Denn insbesondere Spracherwerb und Ausbildungsfähigkeit sind Grundlage für faire Chancen und echte gesellschaftliche Teilhabe. Daher ist die im Gesetzentwurf vorgesehene Stärkung der „Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien“ (RAA) grundsätzlich richtig. Die Forderung, sie generell zu „Kommunalen Integrationszentren“

auszubauen und ihnen die Koordinierung sämtlicher Integrationsarbeit in den Kommunen zu übertragen, schießt jedoch über das Ziel hinaus. Dies mag für Kommunen mit bisher wenig Integrationsarbeit hilfreich sein. Für andere Kommunen, die über eigene Integrationsbeauftragte, -konzepte und -referate verfügen, besteht hier jedoch die Gefahr von Parallelstrukturen. Die FDP will daher erreichen, dass die Kommunen viel weitgehender in die Entscheidungsarbeit einbezogen werden, wie die Integrationsarbeit vor Ort koordiniert wird. Denn gerade vor Ort entscheidet sich, ob Integration gelingt.



Joachim Stamp, Generalsekretär der FDP-NRW

## Riesenerfolg: Kanal-TÜV wird auf Druck der FDP gestoppt

Auf Druck der FDP ist die umstrittene Dichtheitsprüfung privater Abwasserkanäle in ihrer bisherigen Form in NRW vom Tisch. „Das ist ein Riesenerfolg für die FDP, die über Monate als einzige Fraktion konsequent für die Aussetzung des Kanal-TÜVs gekämpft hat“, freut sich Kai Abruszat, umweltpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion.



Foto: ddp



Kai Abruszat, Sprecher für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

Bereits im März 2011 hatte die FDP ihre Initiative zur Aussetzung der landesweit verpflichtenden Regelung in den Landtag eingebracht. „Wir waren und sind der Meinung, dass die Belastungen der Bürger in keinem Verhältnis zum Nutzen der Prüfung stehen. Diese Auffassung der FDP hat sich nun im Landtag durchgesetzt.“ Die Kosten der Prüfung, insbesondere aber der anfallenden Kanalsanierungen stellten gerade für junge Familien und Rentner eine unkalkulierbare Belastung dar. Je nach Länge und Zustand des Kanals könne allein die Prüfung bis zu 2000 Euro kosten – die anschließende Sanierung der Abwasserleitung bis zu 20000 Euro. Abruszat: „Unsere Beharrlichkeit und Kontinuität für eine bürgerfreundliche und pragmatische Lösung haben sich nun ausgezahlt.“

Neun Monate lang hatte sich der Landtag auf Druck der FDP immer wieder mit dem Kanal-TÜV beschäftigt.

In der abschließenden Beratung des Umweltausschusses – kurz vor der Weihnachtspause – erzielte die FDP-Initiative zur Aussetzung der Dichtheitsprüfung gegen die Stimmen von SPD und Grüne eine klare Mehrheit. Trotz erheblicher Widerstände – insbesondere des grünen Umweltministers – schwenkte auch die Landesregierung kurz vor der entscheidenden Abstimmung auf die FDP-Position ein. Abruszat: „Die Aussetzung des Kanal-TÜVs ist der Mehrheitswille des Ausschusses. Das hat Umweltminister Remmel nach langem Zaudern jetzt auch erkannt.“ Die FDP-Fraktion hat noch im alten Jahr gemeinsam mit der CDU eine Gesetzesinitiative in den Landtag eingebracht, um den Beschluss in einem förmlichen Verfahren verbindlich zu verankern. Danach soll die Dichtheitsprüfung künftig nur noch bei der Neuerrichtung von Rohrleitungen oder bei einem konkret begründeten Gefahrenverdacht durchgeführt werden.

## Neumitglieder des Monats



### Oktober 2011

Dr. Christoph Hemmer

Der 63-jährige Ingenieur und Unternehmer stand der FDP schon immer nahe und verfolgte die Partei und deren Programm genau. Aber gerade in der jetzigen bürgerlichen Koalition ist die FDP für ihn der Anker der Verantwortung des Einzelnen. Es ist ihm ein großes Anliegen, dass der Staat nur ein Regelwerk setzt und sich ansonsten aus den Angelegenheiten des Einzelnen weitgehend raus hält – ganz nach dem Motto: Privat vor Staat. „Die Partei Genschers mit einem Mix aus Erfahrung und jungen engagierten Mitgliedern ist für mich die richtige“, so Hemmer.



### November 2011

Laura Asthoff

Mit Laura Asthoff hat die FDP-NRW eine sehr engagierte 21-jährige als Neumitglied gewonnen. Sie studiert an der Uni Duisburg-Essen Kulturwirtschaft und möchte sich gerade in schwierigen Zeiten für ein gesellschaftliches Zusammenleben in Deutschland engagieren. Ihr politischer Interessenschwerpunkt ist die Sozialpolitik. Sie möchte, dass in Deutschland politisch etwas passiert. Dafür ist die FDP die richtige Partei.



v. l. n. r.: Peter Harnischmacher, Laudator, Dagmar Winterhager, Preisträgerin, Dr. Robert Orth, und Hans Lothar Schiffer, Vorsitzender des FDP-Remscheid

### FDP-Bezirksverband Düsseldorf verleiht den „Bergischen Löwen“ an Dagmar Winterhager

Dagmar Winterhager, langjährige Vorsitzende und heutige Ehrenvorsitzende des FDP-Kreisverbands Remscheid, wurde für ihr herausragendes politisches und gesellschaftliches Engagement mit dem diesjährigen Bergischen Löwen ausgezeichnet. „Sie sind sehr vielseitig engagiert und setzen sich dabei für das Wohl anderer Menschen ein“, würdigte der Vorsitzende des FDP-Bezirksverbands Düsseldorf, Dr. Robert Orth, die Leistungen der Preisträgerin. So engagierte sie sich in Remscheid viele Jahre nicht nur kommunalpolitisch sondern auch bei pro Familia und dem Serviceclub „Soroptimist International“, einer Organisation berufstätiger Frauen, die als NGO beim Europarat und in UN-Organisationen vertreten ist. 100 Gäste waren zu der feierlichen Verleihung erschienen, die auch in diesem Jahr von einer bergischen Kaffeetafel begleitet wurde.



Neumitglieder der FDP-NRW auf Berlin-Reise

### Neumitglieder der FDP NRW besuchten den Deutschen Bundestag

Auf Einladung der Landesgruppenvorsitzenden Gisela Piltz und des Landesvorsitzenden Daniel Bahr reisten zahlreiche Neumitglieder nach Berlin, um sich ein Bild von der Arbeit der liberalen Bundestagsabgeordneten zu machen. Nach einem gemeinsamen Abendessen zeigte Gesundheitsminister Bahr den Besuchern auch das Bundesgesundheitsministerium. „Es war mir ein Anliegen, neben der parteipolitischen Arbeit vor allem meine Arbeit als Bundesgesundheitsminister vorzustellen“, so Bahr. An der Diskussion im Reichstagsgebäude nahmen auch die NRW-Abgeordneten Michael Kauch und Bijan Djir-Sarai teil. Abgerundet wurde die Reise durch die Besichtigung des Auswärtigen Amtes und einer abendlichen Rundfahrt auf der Spree. „Es hat Spaß gemacht, die neuen Parteimitglieder in Berlin zu empfangen. Im Rahmen der Besuchergruppen kann man die Politik der FDP-Bundestagsfraktion ausführlicher erklären, als dies über die Medien möglich ist“, erklärte Piltz nach der Informationsreise.



Heiner Kamp, Vorsitzender des Beirats Weiterbildung der FDP-Bundestagsfraktion

### Kamp unterstützt Deutschlandstipendium

Das Deutschlandstipendium zeichnet Studenten aus, die nicht nur im Studium erfolgreich sind, sondern sich auch außerhalb der Hörsäle engagieren. Das Ungewöhnliche am Deutschlandstipendium: Das Fördergeld in Höhe von 3600 Euro im Jahr kommt nicht allein vom Staat, sondern zur Hälfte von Unternehmen oder Privatpersonen. Einer dieser Privatpender ist der FDP-Bundestagsabgeordnete Heiner Kamp. „Es freut mich, dass ich mit meiner Spende einen jungen Menschen aus meiner Heimatregion das Studium erleichtern kann. Wenn junge Leute sich hier erfolgreich ausbilden lassen, bleiben sie hoffentlich auch im Kreis. Wir brauchen Fachkräfte, die sich bei uns zu Hause fühlen und nicht vergessen, sich auch gesellschaftlich einzubringen“, so Kamp. Auf seine Initiative hin soll auch sein Heimatort Versmold ein Stipendium übernehmen. Kamp: „Ich hoffe, dass auch andere Städte, Kreise und Privatpersonen mitmachen. Es lohnt sich.“



Dietmar Brockes, Sprecher für Wirtschaft, stellv. Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

### Dilettantischer Umgang mit Atommüll in NRW

Einen dilettantischen Umgang mit dem Atommüll aus dem Forschungszentrum Jülich wirft FDP-Fraktionsvize Dietmar Brockes der rot-grünen Landesregierung vor. „Obwohl seit langem bekannt ist, dass die rechtliche Genehmigung zur Lagerung der zirka 300.000 Brennelementekugeln in Jülich Mitte 2013 ausläuft, hat Rot-Grün bis heute keinerlei Konzept, wie die 152 Castor-Behälter dauerhaft sicher deponiert werden sollen.“ Die Landesregierung habe nichts getan, um eine sichere Aufbewahrung in Jülich nach 2013 zu ermöglichen, halte aber dennoch an der Lagerung ohne gültige Genehmigung fest, bemängelt FDP-Energieexperte Brockes. „Wenn die Genehmigung 2013 ausgelaufen ist, gibt es nur noch eine rechtlich zulässige Aufbewahrungsmöglichkeit: das ist das Zwischenlager Ahaus.“



Christof Rasche, Sprecher für Verkehr, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

### FDP-Initiative zum RRR zeigt Wirkung

Der Rhein-Ruhr-Express (RRX), die geplante schnelle Schienenverbindung zwischen Rheinland, Ruhrgebiet und Westfalen, nimmt Konturen an. Das Bundesverkehrsministerium hat erste Engpassbeseitigungen in der Infrastruktur auf die Liste seiner vorrangigen Vorhaben gesetzt. „Um die wachsenden Fahrgastströme zu bewältigen, braucht NRW den RRR dringend“, betont Christof Rasche, stellvertretender Vorsitzender und verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, der sich seit langem für das wichtige Schienenprojekt einsetzt. Noch im Herbst letzten Jahres hatte die FDP die Landesregierung aufgefordert, sich in Berlin nachhaltiger für den RRR stark zu machen, nachdem Zweifel an den Zusagen für das Projekt aufkommen waren. Die FDP-Initiative, die auch von Vertretern der Regierungskoalition in Berlin unterstützt wurde, zeigte jetzt Wirkung: Im Investitionsrahmenplan des Bundes stehen für die Realisierung erster Teilschnitte bis 2015 rund 184 Millionen Euro bereit.

### Grenzüberwachung verstößt gegen Schengen-Abkommen

Als äußerst bedenklich hat der europapolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Ingo Wolf, die geplante Videoüberwachung an der deutsch-niederländischen Grenze bezeichnet. Das Nachbarland plant, ab Jahresbeginn alle Autofahrer bei der Einreise an den Grenzen zu fotografieren und die Daten zu speichern. „Eine permanente Videoüberwachung an den Außengrenzen ist nicht das, was die FDP unter einem freien Europa versteht“, kritisiert Wolf das Vorhaben. Eine flächendeckende, automatisierte sowie anlasslose Überwachung des Grenzverkehrs stelle einen Verstoß gegen den Schengener-Grenzkodex dar. Deshalb hat die FDP die Landesregierung aufgefordert, sich bei der EU-Kommission für eine umfassende Prüfung der Einhaltung des Kodex durch die Niederlande sowie die Wahrung und Achtung des festgelegten freien europäischen Personenverkehrs einzusetzen.



Ingo Wolf, Sprecher für Europa der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen



### FDP-Fraktion bestätigt ihren Vorstand

Die FDP-Landtagsfraktion hat bei der turnusmäßigen Vorstandswahl alle Vorstandsmitglieder in ihren Ämtern bestätigt. Der Fraktionsvorsitzende Gerhard Papke ist in seinem Amt für weitere anderthalb Jahre wiedergewählt worden. Die 13 Abgeordneten bestätigten zudem die bisherigen Stellvertreter, den Erwitter Christof Rasche sowie Dietmar Brockes aus Brüggen. Auch der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, der Essener Ralf Witzel, übt sein Amt weiter aus. Dem Vorstand der FDP-Landtagsfraktion gehört darüber hinaus die Lüdenscheiderin Angela Freimuth als Landtags-Vizepräsidentin an.



Robert Orth, Sprecher für Recht der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

### Orth wirft Rot-Grün Doppelmoral vor

Doppelmoral wirft Robert Orth, rechtspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Rot-Grün bei der Debatte über das nordrhein-westfälische Verfassungsschutzgesetz vor. Während SPD und Grüne die Regelung in Oppositionszeiten gerichtlich verhindern wollten, hatte die rot-grüne Landesregierung jetzt geplant, das Gesetz um fünf Jahre zu verlängern. Auf Drängen der FDP ist dieser Beschluss unterblieben. „Stattdessen hat das Parlament nun neun Monate Zeit, um die Notwendigkeit der von Rot-Grün geplanten Befugnisse für den Verfassungsschutz von der GPS-Observation bis zur Einholung von Auskünften bei Banken und Telefonanbietern zu überprüfen, um dann eine Entscheidung zur Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen zu treffen.“





Alexander Graf Lambsdorff  
neuer Vize-Präsident der ELDR,  
Vorsitzender der  
FDP-Delegation  
im Europäischen  
Parlament

### Alexander Graf Lambsdorff neuer Vize-Präsident der ELDR

Auf dem Parteitag der ELDR (Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei), der europäischen Dachorganisation der FDP, wurde Alexander Graf Lambsdorff zum neuen Vize-Präsidenten gewählt. Der FDP-Europaabgeordnete und Schatzmeister der FDP-NRW tritt die Nachfolge von Markus Löning an, der auf dem Treffen der europäischen Liberalen in Palermo nicht erneut für das Amt kandidierte. Lambsdorff will die neue Aufgabe dazu nutzen, um der liberalen Stimme in Europa noch mehr Gewicht zu verleihen.



Gudrun Kopp,  
Parlamentarische  
Staatssekretärin  
beim Entwick-  
lungsministerium

### Gudrun Kopp stiftet ersten regionalen Entwicklungspreis

Gudrun Kopp, Parlamentarische Staatssekretärin beim Entwicklungsministerium, veranstaltete im November erstmals ein großes Entwicklungs-Event im Kurhaus Bad Salzuflen und lobte einen regionalen Entwicklungs-Preis aus. Im Zentrum der Veranstaltung standen Ehrenamtler, die sich in Entwicklungsländern engagieren. Überreicht wurde der Preis samt eines Spendenschecks vor rund 150 Gästen durch Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel. Erster Träger ist Helmut Behnisch vom Verein der Freunde und Förderer des Felix-Fechenbach-Berufskollegs e.V., Detmold, der sich seit vielen Jahren ehrenamtlich in der Entwicklungsförderung engagiert.



Michael Kauch,  
Koordinator für  
die Schwulen-  
und Lesben-  
politik der  
FDP-Bundes-  
tagsfraktion

### Michael Kauch in das Kuratorium der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld gewählt

Der Deutsche Bundestag hat die Mitglieder des Kuratoriums der Magnus-Hirschfeld-Stiftung gewählt. Für die FDP-Fraktion wurde Michael Kauch benannt, der gemeinsam mit Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger die Gründung der Stiftung vorangetrieben hatte. Dem Kuratorium der Stiftung, die durch Bildung und Forschung einen Beitrag gegen die Diskriminierung Homosexueller leisten soll, gehören außerdem Vertreter der anderen Fraktionen, der Bundesregierung und der der schwul-lesbischen Community an.



Ingrid Pieper-  
von Heiden,  
Sprecherin für  
Schule und  
Bildung der  
FDP-Fraktion  
im Landtag  
Nordrhein-  
Westfalen

### Flächendeckendes Grundschulangebot sichern

Der Erhalt eines flächendeckenden Grundschulangebots in NRW ist der FDP-Landtagsfraktion ein wichtiges Anliegen. „Mit Schließung der letzten Grundschule in einer Gemeinde, würde zugleich deren Zukunftsfähigkeit in Frage gestellt“, betont Ingrid Pieper-von Heiden, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion. Deshalb sei es richtig, dass die rot-grüne Koalition ein Konzept zum Erhalt der Schulstandorte erarbeiten wolle, das unter anderem die Fortführung einzügiger Grundschulen sowie die Errichtung von Teilstandorten vorsehe. Allerdings müsse bei dem Konzept die Qualität der individuellen Förderung im Mittelpunkt stehen.



Marcel Hafke,  
Sprecher für  
Wissenschaft,  
Hochschule,  
Innovation und  
Technologie der  
FDP-Fraktion  
im Landtag  
Nordrhein-  
Westfalen

### Studentenansturm: Rot-Grün ohne Konzept

In NRW haben zum laufenden Wintersemester so viele junge Menschen wie nie zuvor ein Studium aufgenommen. Marcel Hafke, hochschulpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion: „Die Hochschulen stehen bereits jetzt vor enormen Herausforderungen. Zudem ist absehbar, dass die Studienanfängerzahlen durch den doppelten Abiturjahrgang 2013 weiter erheblich ansteigen.“ Umso unverständlicher sei daher, dass die rot-grüne Landesregierung kein Konzept erstellt habe, wie sie auf den Studentenansturm reagieren will. „Das muss zügig erfolgen“, fordert Hafke. Zudem müssten auch Prognosen zu den Studienanfängerzahlen umgehend neu berechnet werden.



Angela Freimuth,  
Sprecherin für  
Haushalt und  
Finanzen  
der FDP-Fraktion  
im Landtag  
Nordrhein-  
Westfalen

### Mehr Steuergerechtigkeit für die Bürger

Auf Antrag der FDP-Fraktion hat der Landtag NRW die Initiative der schwarz-gelben Bundesregierung für mehr Steuergerechtigkeit debattiert. „FDP und CDU haben die Beteiligung der Bürger am wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland verabredet“, erklärte FDP-Finanzexpertin Angela Freimuth. Gerade die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, die zum Beispiel stark von gestiegenen Energiekosten betroffen sind, profitierten davon. Freimuth unterstrich die Bedeutung des beschlossenen Einstiegs in die Reduzierung der Kalten Progression. „Es ist niemals gerecht, wenn sich der Staat an den Reallohnverlusten der Bürger zusätzlich beteiligt.“